

Bielefelder Archive auf www.bielefelder-archive.de

Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek Bielefeld

Kontakt: Rohrteichstraße 19, 33602 Bielefeld, Tel. 0521/51-2471, Fax: 0521/51-6844,
stadtarchiv@bielefeld.de, www.bielefeld.de/de/biju/stadtar/

Öffnungszeiten: Mo 14.00-17.00 Uhr, Di-Fr 10.00-17.00 Uhr

Veröffentlichungen: Bielefelder Beiträge zur Stadt- und Regionalgeschichte (bisher 22 Bände),
www.bielefeld.de/de/biju/stadtar/angebot/veroeff

Archivbestände: www.archive.nrw.de

Bibliotheksbestand: <http://www.stadtbibliothek-bielefeld.de/webopac/index.asp>

Materialsammlung zum Thema "Heimat und Fremde"

Auswanderung nach Amerika im 19. Jahrhundert

Nachdem im 18. Jahrhundert vereinzelt Familien und Gruppen ausgewandert waren, wuchs ab ca. 1820 die Zahl der Auswanderungswilligen sprunghaft an. Gründe waren zum einen technologischer Fortschritt (Erfindung des Dampfschiffs) und Auswanderungsfreiheit nach Beendigung der Napoleonischen Befreiungskriege, zum anderen Bevölkerungswachstum und damit verbunden wirtschaftliche Not. Wuchs doch der Anteil der einfachen Bevölkerung (kleine Handwerker, Ackerleute, Knechte Mägde, Tagelöhner) schneller als der des Bürgertums und Adels. Als der extrem kalte Winter 1844/45, Missernten und stark steigende Lebensmittelpreise die Not der Bevölkerung in der Stadt und auf dem Land abermals verstärkten, wurde das Thema Auswanderung erstmals in den „Öffentlichen Anzeigen für die Grafschaft Ravensberg“ erörtert. Kurze Zeit später inserierten die ersten Agenturen „billige und sichere“ Schiffspassagen.

Bestände (in Auswahl)

- 100,2/Ältere Akten
- 101,2/Geschäftsstelle II
- 130,2/Amt und Stadt Brackwede
- 130,3/Amt Dornberg
- 130,4/Amt Heepen
- 130,6/Amt Schildesche
- 130,9/Gemeinde Gadderbaum
- 200,1/Familienpapiere
- 400,2/Zeitungen

Zwangsarbeiter in der NS-Zeit

Bald nach Kriegsausbruch am 1. September 1939 traten wegen der Erntezeit große Schwierigkeiten in der Landwirtschaft auf, da viele Bauern an der Front eingesetzt waren. Linderung sollten polnische Kriegsgefangene schaffen. Die ersten zivilen polnischen „Fremdarbeiter“, von Mitarbeitern der Arbeitsämter „geworben“, trafen in Bielefeld Anfang 1940 ein. Später folgten Arbeitskräfte aus anderen Ländern, vornehmlich aus Osteuropa. Aber auch Franzosen, Belgier, Niederländer und Dänen mussten Zwangsarbeit in der Industrie, Landwirtschaft und in privaten Einrichtungen leisten.

Bestände (in Auswahl)

- 101,12/Geschäftsstelle XII
- 102,1/Oberbürgermeister

- 103,1/Besatzungsamt
 - 104,3/Einwohnermeldeamt (Hausbücher)
 - 107,2/Schulverwaltungsamt
 - 108,5/Bauordnungsamt
 - 108,13/Friedhofsverwaltung
 - 120,1/Kreis Bielefeld
 - 130,2/Amt und Stadt Brackwede
 - 130,4/Amt Heepen
 - 130,9/Gemeinde Gadderbaum
 - 210,45/Firma Göricke
 - 300,7/Kleine Erwerbungen
 - 300,10/Sammlung Weltkrieg
 - 400,9/Plakate
-

Juden in der NS-Zeit

Unmittelbar nach der „Machtergreifung“ durch Adolf Hitler 1933 begannen Verfolgungs- und Ausgrenzungsmaßnahmen gegen Juden und politische Gegner. Am 1. April 1933 wurde zum Boykott jüdischer Geschäfte aufgerufen. Jüdische Ärzte und Rechtsanwälte erhielten Berufsverbot. Mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 konnten ebenfalls jüdische Beamte aus der öffentlichen Verwaltung entfernt werden. Nur wenige Juden erfassten die Tragweite des Geschehens und wanderten aus. Nach der gesellschaftlich-beruflichen Ausgrenzung erfolgte die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben. In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 brannten reichsweit die Synagogen. Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges verschärften sich die Ausreisbedingungen für die jüdische Bevölkerung und endeten im Oktober 1941 mit einem generellen Auswanderungsverbot. Ende 1941 setzten die Deportationen nach Riga ein. Auf der Berliner „Wannseekonferenz“ am 20. Januar 1942 wurde die endgültige Vernichtung der Juden beschlossen.

Bestände (in Auswahl)

- 100,2/Ältere Akten
 - 101,5/Geschäftsstelle V
 - 101,12/Geschäftsstelle XII
 - 102,1/Oberbürgermeister
 - 103,2/Hauptamt
 - 104,2.1/Standesamt
 - 105,5/Liegenschaftsamt;
 - 107,2/Schulverwaltungsamt
 - 107,1/Stadtarchiv
 - 109,1/Sozialamt
 - 109,3/Wiedergutmachungsamt Stadt
 - 109,6/Flüchtlings- und Vertriebenenamt Stadt
 - 120,3/Wiedergutmachungsamt Kreis
 - 130,2/Amt und Stadt Brackwede
 - 130,3/Amt Dornberg
 - 130,4/Amt Heepen
 - 130,6/Amt Schildesche
 - 130,9/Gemeinde Gadderbaum
 - 150,15/Ratsgymnasium
 - 200,27/Nachlass Emil Groß
 - 240,1/Jüdische Gemeinde
 - 250,1/NSDAP
 - 300,6/Autographen
-

Flucht und Vertreibung

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges setzte eine unvorstellbare Welle von Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland in Richtung Westen ein. Erste Unterkunft fanden die meisten Menschen in Lagern. Die Alliierten wiesen sie den Städten und Kreisen zu. Trotz eigener großer Wohnungsnot wurden auch in Bielefeld Tausende von Flüchtlingen in Baracken, Turnhallen und unversehrten Wohnungen untergebracht. Die Bevölkerungszahl erreichte schon Ende 1946 wieder den Stand von 1939. Das Heimischwerden fiel den meisten Flüchtlingen schwer, sprachen sie oftmals einen fremden Dialekt oder hatten eine andere Konfession als die Mehrheit der hiesigen Bevölkerung. Parteien und Vereine versuchten, sich der Fremden anzunehmen. Darüber hinaus gründeten die Vertriebenen selbst Vereine und begannen, ihre eigene Kultur zu pflegen. Beide Aktivitäten halfen, Bielefeld als neue Heimat anzunehmen. 1954 übernahm die Stadt Bielefeld die Patenschaft über den Kreis Gumbinnen. Ein Jahr später gründete sich die "Kreisgemeinschaft Gumbinnen" als eingetragener Verein.

Bestände (in Auswahl)

- 102,1/Oberbürgermeister
- 103,1/Besatzungsamt
- 103,9/Statistisches Amt und Wahlamt
- 108,10/Amt für Wohnungswesen
- 108,13/Friedhofsverwaltung
- 109,5/Ausgleichsamt
- 109,6/Flüchtlings- und Vertriebenenamt Stadt
- 120,1/Kreis Bielefeld
- 120,5/Flüchtlings- und Vertriebenenamt Kreis
- 130,2/Amt und Stadt Brackwede
- 270,10/Kreisarchiv Gumbinnen
- 400,1/Westermann-Sammlung
- 400,3/Fotosammlung
- 400,9/Plakate

Arbeitsmigration im 19. und 20. Jahrhundert

Steigende Bevölkerungszahlen, landwirtschaftliche Krisen und die beginnende Industrialisierung waren die Hauptfaktoren für die Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzende Flucht der ländlichen Bevölkerung in die Städte. Im Kreis Bielefeld lebten 1847 ca. 80 % der Bevölkerung in ländlichen Verhältnissen und ernährten sich von Landwirtschaft oder Heimarbeit. Die zunehmend schwierige wirtschaftliche Situation auf dem Lande und die in der Stadt wachsende Mechanisierung des Leinengewerbes führten dazu, dass immer mehr Menschen ihre Heimatdörfer verließen. Es waren oftmals landlose Bauern oder verarmte Kleinbauer, die sich als Lohnarbeiter verdingten, um ihre Familien zu ernähren.

Seit Ende der 1950er Jahre herrschte ein Mangel an Arbeitskräften in allen Bereichen der Wirtschaft, auch in Bielefeld. Um die florierende Wirtschaft nicht zu gefährden, begann die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte aus Italien, Spanien und Griechenland. Die ersten damals so genannten Gastarbeiter trafen im Mai 1960 in Bielefeld ein. Männliche Arbeitskräfte fanden vor allem in der Metallindustrie und im Baugewerbe Beschäftigung, Frauen in der Nahrungsmittel- und Bekleidungsindustrie. Ihre Unterbringung in den Wohnheimen glich anfangs einer Kasernierung. Als erster Bielefelder Betrieb warb 1964 Kochs Adler auch türkische Arbeiter an. Mitte der 1960er Jahre erfolgte ein erster Einbruch der Wirtschaft. Viele „Gastarbeiter“ verließen Bielefeld. 1968/69 erholte sich die Wirtschaft noch einmal für kurze Zeit. Ab 1973 galt der Anwerbestopp.

Bestände (in Auswahl)

- 102,2/Oberstadtdirektor
- 104,4/Feuerwehramt
- 107,2/Schulverwaltungsamt
- 107,9/Sport- und Bäderamt

- 107,12/Volkshochschule
- 108,5/Bauordnungsamt Hausakten
- 108,7/Hochbauamt
- 130,4/Amt Heepen
- 150,13/Melanchthonschule
- 210,5/Dürkopp/Adler AG
- 210,24/Mechanische Weberei AG
- 400,1/Westermann-Sammlung

Abb.: Weihnachtsheimreise Bielefelder „Gastarbeiter“ vom Hauptbahnhof (Foto: Hans-Dieter Johner, 1978); Bestand 400,3/Fotosammlung

Allgemeiner Hinweis: Die Archivalien unterliegen zum Teil den archivgesetzlichen Schutzfristen.